

## Marginalisierte Gruppen stärken

Gegenstand: Verschiedenes

Anmerkungen: Beschluss

## Marginalisierte Gruppen stärken. NRW setzt sich ein für eine faire Mittelvergabe auf allen Ebenen

30.5.2015

1 Wir GRÜNE stehen an der Seite derer, die unter Ausgrenzung und Hetze leiden – wir  
2 streiten für eine offene und inklusive Gesellschaft und machen uns stark gegen  
3 Rassismus, Antisemitismus, Antiziganismus und andere Formen jeglicher  
4 Menschenfeindlichkeit. Im Zuge der aktuellen weltweiten Krisenentwicklungen und  
5 Kriegen auf der einen und der anhaltenden Diskriminierung und Verfolgung ethnischer  
6 Gruppen auch in Teilen Europas auf der anderen Seite, ist auch in Deutschland eine  
7 Zunahme von Ressentiments, Rassismus und Ausgrenzung zu verzeichnen. Wir  
8 verurteilen diese menschenverachtenden Akte auf Schärfste. Wer gegen  
9 gesellschaftliche Minderheiten hetzt, hetzt gegen unsere offene und demokratische  
10 Gesellschaft im Ganzen. Dem stellen wir GRÜNE uns entschieden entgegen.

11 Das Grundrecht auf Zuwanderung steht unter besonderem Schutz. Freizügigkeit ist für  
12 jede und jeden ein unverzichtbarer Bestandteil persönlicher Freiheit und gleichzeitig von  
13 großem Wert für unsere Gesellschaft. Deshalb kämpfen wir GRÜNE für eine echte  
14 Willkommenskultur und für die gesellschaftliche Teilhabe Aller. Aus unserer Alltagsarbeit  
15 in den Städten und Gemeinden wissen wir aber auch: Die Gewährleistung dieses  
16 Grundrechts bedeutet vor dem Hintergrund der sozialen und ökonomischen  
17 Problemlagen vor Ort Herausforderungen für die Kommunen. Die Integration der EU-  
18 Bürger\*innen und ihrer Familien erfordert finanzielle und auch personelle Ressourcen,  
19 über die insbesondere Kommunen mit großen Haushaltsdefiziten nicht verfügen.  
20 Deshalb fordern sie seit langem finanzielle Unterstützung, auch von der Europäischen  
21 Union.

22 Wir begrüßen, dass die EU in der neuen Förderperiode 2014-2020 ein Drittel ihres  
23 Haushalts, ungefähr 350 Milliarden Euro, für diese Zwecke einsetzen wird. Es ist ein  
24 wichtiger Schritt in die richtige Richtung, dass seit 2014 auch so genannte  
25 "marginalisierte Gruppen" im Fokus europäischer Förderpolitik stehen.  
26 Minderheitengruppen in großer Armut und Chancenlosigkeit, wie beispielsweise Roma,  
27 sollen aktiv in die langfristige Planung der Antragsteller für Mittel aus den EU-Fonds

28 aktiv einbezogen werden. Das umfasst die Beschlüsse der Partnerschaftsverträge mit  
29 der EU, Planungen der operationellen Programme und die Umsetzung der Programme.

30 Die rot-grüne Landesregierung hat den Handlungsbedarf in Bezug auf die Integration  
31 von Zuwanderinnen und Zuwandern erkannt und bereits erfolgreiche Maßnahmen  
32 eingeleitet. Wir GRÜNE haben uns dafür stark gemacht, Zuwanderung aktiv zu  
33 gestalten. Das 2012 verabschiedete Integrations- und Teilhabegesetz sieht unter  
34 anderem die Einrichtung kommunaler Integrationszentren vor, die ihrerseits kommunale  
35 Strukturen zur interkulturellen Öffnung befähigen und Menschen mit  
36 Migrationshintergrund die Teilhabe am öffentlichen Leben ermöglichen sollen. Mit der  
37 Änderung der Gemeindeordnung wurde 2013 zudem die Stellung der Integrationsräte in  
38 den Kommunen gestärkt.

39 Mit Blick auf die Herausforderungen infolge der europäischen Binnenwanderung  
40 erarbeitete eine Interministerielle Arbeitsgruppe "Zuwanderung von EU-BürgerInnen aus  
41 Rumänien und Bulgarien" ein Programm zur Unterstützung von Kommunen. Auch wenn  
42 damit dringende Problemlagen zunächst gemildert werden konnten, gilt es diesen Weg  
43 weiter zu gehen: Gemeinsam mit den Verwaltungen, Sozialverbänden und  
44 Vertreterinnen und Vertretern betroffener Gruppen wollen wir weitere Initiativen  
45 entwickeln und voranbringen.

### 46 **Europa wird aktiv**

47 Die gemeinsame Europäische Regionalpolitik ist ein starkes Instrument, um  
48 Ungleichheit zwischen, aber auch in den Regionen zu bekämpfen. Vor allem  
49 marginalisierte Gruppen profitieren aber häufig nicht oder nur sehr wenig von diesen  
50 Möglichkeiten. Das wollen wir ändern. Mittel aus der Europäischen Strukturpolitik  
51 müssen bei den Menschen ankommen, die Hilfe und Unterstützung am dringendsten  
52 benötigen. Die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse und die gleichen Chancen aller  
53 Menschen, soziale Absicherung sowie soziale und kulturelle Teilhabe zu genießen, sind  
54 ein hohes Gut.

55 Strukturpolitik umfasst in etwa ein Drittel des EU-Haushalts und ist damit das  
56 Hauptinvestitionsinstrument der EU. Insbesondere dort, wo auf Grund der klammen  
57 Haushaltslage die Kommunen zunehmend in Bedrängnis kommen, ihre Aufgaben nicht  
58 weiter qualitativ hochwertig erfüllen zu können, kann der gezielte Einsatz der EU-  
59 Fördermittel helfen, dies zumindest teilweise zu kompensieren. Wir GRÜNE setzen uns  
60 schon lange dafür ein, bei der Mittelvergabe soziale und ökologische Kriterien nach  
61 vorne zu stellen. So kann die nachhaltige Entwicklung vor Ort gestärkt werden. Wir  
62 wollen daher dafür sorgen, dass schon bei der Antragstellung die Gruppen eingebunden  
63 werden, die am stärksten unter den Ungleichheiten leiden.

64 In der vergangenen Förderperiode waren marginalisierte Gruppen (wie beispielsweise  
65 Roma) nur über kurzfristige ad-hoc-Entscheidungen in der Förderung durch die Fonds  
66 eingebunden. Der neue Ansatz in der Förderperiode 2014-2020 enthält die klare

67 Aufforderung an alle Verantwortlichen marginalisierte Gruppen in die langfristige  
68 Planung einzubeziehen, statt ohne sie und nach nur kurzfristigen ad-hoc-Lösungen zu  
69 suchen. Wir GRÜNE arbeiten daran, im Rahmen eines Initiativberichtes des  
70 Europäischen Parlaments Vorschläge zu entwickeln, wie die Einbindung  
71 marginalisierter Gruppen in die Fördermittelvergabe verbindlich geregelt werden kann.  
72 Der Initiativbericht wird deshalb die Ergebnisse dieser neuen Aufgaben analysieren.  
73 Dabei sollen vor allem die Auswirkungen der neuen Regeln auf die Verhandlungen zu  
74 den Partnerschaftsverträgen und den operationellen Programmen im Mittelpunkt  
75 stehen. Ungenutzte Potenziale sollen benannt werden und zu  
76 Handlungsaufforderungen an die Kommission führen.

77 Wir GRÜNE in NRW begrüßen diese Initiative und setzen uns dafür ein, dass  
78 Nordrhein-Westfalen eine starke Vorreiterrolle bei der Umsetzung dieser Vorschläge  
79 einnimmt.

### 80 **GRÜNE stärken die Teilhabe Aller**

81 Die Strukturpolitik der EU alleine kann die Diskriminierung und Ausgrenzung von  
82 Gruppen wie Sinti und Roma nicht überwinden. Wir GRÜNE kämpfen gegen  
83 Antiziganismus in der Gesellschaft, sei es im Alltag, in staatlichen Institutionen oder in  
84 der politischen Arena. Populistischen Parolen, die die Arbeitnehmerfreizügigkeit in  
85 Frage stellen und Ressentiments gegen Rumän\*innen und Bulgar\*innen schüren,  
86 stellen wir uns entschieden entgegen.

87 Wir streiten für Menschenrechte und Inklusion. In Ländern, die von der Krise besonders  
88 betroffen sind, sind es gerade die Angehörigen ausgegrenzter Minderheiten, die  
89 besonders leiden. Diese Ausgrenzung zeigt sich beim Zugang zu Arbeit und Bildung,  
90 aber auch bei der Suche nach Wohnraum oder Zugang zur Gesundheitsversorgung.  
91 Wir GRÜNE stehen für einen integrierten Ansatz zur Bekämpfung von gesellschaftlicher  
92 Ausgrenzung.

93 Wir nehmen die historische Verantwortung vor dem Hintergrund der deutschen  
94 Geschichte ernst, Diskriminierung von Sinti und Roma überall dort zu bekämpfen, wo  
95 sie auftaucht. Deshalb wollen wir dem guten Beispiel anderer Bundesländer wie Baden-  
96 Württemberg und Schleswig-Holstein folgen und streben einen Staatsvertrag mit den  
97 deutschen Sinti und Roma in NRW an.

98 Wir setzen uns für einen garantierten Zugang zu Bildung für Alle ein. Es darf weder  
99 Segregation noch Diskriminierung an Schulen geben. Deshalb brauchen wir eine  
100 gezielte Unterstützung, die ein besonderes Augenmerk auf die Sprachförderung der  
101 Kinder legt. Auch im Bereich der Arbeitsmarktpolitik sehen wir Handlungsbedarf. Wir  
102 wollen sicherstellen, dass marginalisierte Gruppen besser als bisher in  
103 Qualifizierungsprogramme eingebunden werden.

104 Gerade marginalisierte Gruppen wie Roma haben häufig einen schlechteren Zugang  
105 zum Gesundheitssystem. Es ist beschämend, dass die Bundesregierung hier keinen

106 Handlungsbedarf sieht. Wir sehen die Gesundheitsversorgung von Zugewanderten als  
107 wichtigen Integrationsaspekt. Es braucht niedrigschwellige Beratungsangebote zur  
108 Klärung von sozial- und krankensicherungsrechtlichen Statusfragen im  
109 Europäischen Sozialfonds, beispielsweise über "Gesundheitslotsen" und eine bessere  
110 Regelung für die Erstattung der Krankheitskosten. Kinder müssen endlich Zugang zum  
111 regulären Vorsorgesystem erhalten.

112 Die aktuellen Entwicklungen machen ein schnelles und beherztes Vorgehen nötig.

113 Deshalb

- 114 • arbeiten wir im Europäischen Parlament an verbindlichen Rahmen zur  
115 Einbindung von marginalisierten Gruppen in Entscheidungsprozesse
- 116 • unterstützen wir einen integrierten Ansatz, in dem die unterschiedlichen  
117 Herausforderungen wie Wohnen, Gesundheit, Bildung und Arbeitsmarkt  
118 ganzheitlich angegangen werden
- 119 • fordern wir, dass die Europäische Kommission auch und gerade in Ländern mit  
120 einer großen Roma-Minderheit darauf pocht, dass Fördermittel gerecht und  
121 effizient verteilt werden und die Verwendung überprüft wird
- 122 • fördern wir Initiativen zur Stärkung der NGOs (Capacity Building) für NGOs und  
123 zur Steigerung des Problembewusstseins in den Verwaltungen
- 124 • sorgen wir im Landtag und in der Landesregierung dafür, marginalisierte  
125 Gruppen in die Erarbeitung und Umsetzung von Förderprogrammen verbindlich  
126 einzubeziehen und sie aktiv z.B. bei der Gründung von  
127 Migrantenselbstorganisationen zu unterstützen.
- 128 • arbeiten wir daran, die Verwaltungen für Antiziganismus zu sensibilisieren und  
129 Aktionspläne zur Bekämpfung dieser Diskriminierungsform anzustoßen
- 130 • setzen wir uns dafür ein, dass das Thema Antiziganismus in den Schulen  
131 behandelt wird und NRW dabei eine Vorreiterrolle einnimmt